

# Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis frei liegend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Sächse, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postkontonummer: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen u. dgl. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Baruther Anzeigers oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes. Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigehaltene Kleinzeile (30 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gemäÙ nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sächse, Baruth (Markt). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedeutend geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden. Sonnabend: „Wort und Bild“, illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 102 Donnerstag, den 26. August 1926

## Heißt durch Zusammenarbeit am Wiederaufbau des Staates!

Eine Rede des Reichstanzlers Dr. Marx in Breslau.

4 Breslau. Auf der Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland, die im Rahmen des diesjährigen Deutschen Katholikentages stattfand, führte Reichstanzler Dr. Marx in einer Rede u. a. aus:

Wie wenig findet man den Geist wahrhafter Staatsgesinnung in unserem Volke vertreten! Man spricht so viel vom Geist der Demokratie und freut sich, daß sie zum Siege vorangeschritten ist, aber vom wahren Geist der Zusammen- und Gemeinschaftsarbeit

verspürt man ungemein wenig. Der Geist des Individualismus beherrscht noch zu sehr die einzelnen Kreise unseres Volkes, eines Individualismus, der jeden Gemeinschaftsinn erstickt und erstickt. Erneuerung des Gemeinschaftsgeistes muß eine vornehmliche Aufgabe aller derjenigen sein, denen die Pflicht obliegt, für das Wohl des Volkes und des Staates zu sorgen. Diese Pflicht liegt aber gerade im Zeitalter der Demokratie nicht den Behörden ob, sondern ist Sache jedes einzelnen Staatsbürgers. Unter Demokratie versteht man allzu oft nur die Erwerbung größerer Rechte und Freiheiten, übersieht aber, daß die wahre Demokratie auch strenge Pflichterfüllung verlangt von denen, die die Rechte und Freiheiten des Staatsbürgers erworben haben.

Der Staat ist nicht etwas Fremdes, das Volk ist der Staat.

Vom Verhalten des Volkes hängt das Wohlergehen des Staates und damit des Volkes ab. Es ist nicht staatsförmig und national gehandelt, wenn man die bestehende Regierungsgewalt unablässig kritisiert und herabsetzt, sich aber weigert, selbst mit Hand anzulegen, um den Wiederaufbau unseres zu Boden geworfenen Staatswesens zu fördern. Es ist bequemer und leicht, Kritik zu üben, wenn ein Volk durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges zusammengebrochen ist.

Die Pflicht eines jeden nationalgesinnten Bürgers ist es, nach bestem Können dafür zu sorgen, daß Wirtschaft und nationales Leben zu neuer Blüte gelangen. National ist es nicht, die Empfindungen derjenigen, die über die Einrichtungen des Staates anderer Meinung sind, durch Hohn und Spott zu verletzen, statt, wie die Not der Zeit es erfordert, alles Trennende zurückzuführen und gemeinsam alle Kräfte zum Wohle des Volkes anzupassen. National ist es nicht, die mühsam aufgebauete staatliche Ordnung zu über- und zu verwirren, statt die nun einmal rechtsverbindlich zustande gekommene Verfassung zu achten und vor jeder Verungeltung zu schützen, mag man über ihren sachlichen Inhalt denken, wie man will.

Es verrät keinen Sinn für die Pflege des staatlichen Gefühls, wenn die einzelnen Berufsstände kurzschichtig und eigenmächtig lediglich ihre eigenen Interessen vertreten und Berücksichtigung verlangen, ohne dabei zu fragen, ob die wirtschaftliche Lage des eben erst sich mühsam von schwerem Fall wiederbelebenden Staates solchen Anforderungen gerecht werden kann. Staatliche Gesinnung verrät es nicht, wenn die einzelnen Staatsbürger Forderungen an den Staat erheben auf Leistungen, die er in normalen, gesunden Zeiten wohl aufbringen könnte, denen er aber in seiner gegenwärtigen Lage nicht gerecht werden kann. Der Staat hat wie jedes Individuum ein Recht auf Selbsterhaltung.

Begrüßungstelegramme des Katholikentages. 4 Breslau. Der Deutsche Katholikentag hat an den Reichspräsidenten ein Ergebnistelegramm geschickt. In einem weiteren Telegramm versichert der Katholikentag dem Papst die unerschütterliche Treue. Ein drittes Telegramm versichert die Katholiken Mexikos über aufrichtigste Teilnahme und drückt die Hoffnung aus, das baldige Recht über die Gewalt liegen möge.

Der Papst an den Deutschen Katholikentag. Der Papst hat auf die an ihn gerichtete Ergebnistelegramme dem Deutschen Katholikentag in Breslau ein Antwortschreiben übermittelt lassen, in dem er seiner großen Freude über den christlichen Gehorsam und über die Abhaltung der 65. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands Ausdruck gibt. Er begrüßt vor allem die Inangriffnahme der Verhandlung der in der Not der gegenwärtigen Zeit wichtigsten Angelegenheiten. Dem Schluß spendet er den Bestrebungen der deutschen Katholiken sein aufrichtigstes Lob und erteilt ihnen zu ihrem Vorhaben seinen apostolischen Segen.

## Gewissensfreiheit und Schule.

Breslau. In seiner Rede auf dem Katholikentag in Breslau führte Landtagsabgeordneter Dr. Führ-Freiburg über „Gewissensfreiheit und nationale Einheit in der Schulfrage“ u. a. folgendes aus: Särter als sonstwo in Deutschland habe man unter der Herrschaft des Liberalismus in Baden den Kulturkampf verspürt. Man habe ein schändliches Ausnahmegesetz gegen die Errichtung von Manneslehren geschaffen und die Errichtung von Lehr- und Erziehungsanstalten nur auf Grund eines besonderen Gesetzes den kirchlichen Korporationen gestattet.

Der moderne Staatsabsolutismus. sei ein Rückfall ins Heidentum, denn an Stelle Gottes setze er Staatsgötzen. Greife aber der Staat über sein ureigenes Aufgabengebiet hinaus, dann rufe er schwere Konflikte hervor, und der Kulturkampf sei gegeben. Auf dem Gebiete der Wohlfahrtsfrage und der Schule habe der Staat seine Machtbefugnisse überschritten. Die Katholiken müßten die Freiheit haben, eigene katholische Privatschulen zu gründen und zu erhalten. Die nationale Einheit sei den deutschen Katholiken ein wertvolles Gut, leider aber würden wir unserer Liebe zur katholischen Kirche und zum apostolischen Staube verächtlich, als ob wir minder gute Deutsche wären.

Nicht die Spaltungen in der Religion würden die deutsche Einheit so sehr gefährden, als vielmehr die Bestrebungen der Parteien, die Religionsgesellschaften durch Staatsgesetze zu leiten. Die Deutschen seien ein konfessionell gereinigtes Volk. Die religiöse Basis bilde das Fundament vaterländischer Gesinnung; darum: Freiheit der Kirche für die Entfaltung ihrer Erziehungsarbeit: „Wir wollen“, so schloß der Redner, „das Recht, als freie Bürger zu leben im freien Staat.“

## Höherwert eine patriotische Handlung — in der Fischei.

Prag. Anlässlich der feierlichen Fahnenübergabe an das 28. Infanterie-Regiment hielt der Primator von Prag, Dr. Waga, eine für die Fischeier Mentalität bezeichnende Rede. Waga feierte das Regiment, das schon in der altösterreichischen Armee das Prager Hausregiment war, ob seiner Taten im Weltkrieg und stellte sein Verhalten als vorbildlich hin. Das Regiment befeuerte nämlich als erster geflossener Truppentkörper der altösterreichischen Armee, und zwar in der Wintereiszeit in den Karpaten. Dadurch war die von den Russen schwer bedrängte Karpatenfront vorübergehend ernsthaft gefährdet worden.

## Einweihung eines Gefallenendenkmal.

Sanau. Unter außerordentlich starker Beteiligung fand im festlich geschmückten Waldsomburg vor der Höhe die Enthüllung eines Denkmals für die im Weltkrieg gefallenen Angehörigen des Füsilierregiments v. Gersdorff Nr. 80 statt. Der von ihm aufgestellten Formationen. Das Denkmal zeigt auf einem über 1 Meter hohen Sockel einen stehenden Löwen, der zu einem letzten Schlage mit der Pranke bereit ist unter seinem Leibe geborgene Fahne schlicht. Den Mittelpunkt der Veranstaltung bildete ein Feldgottesdienst im Kurpark. Im Anschluß daran fand die Enthüllung des Denkmals statt, wobei General Bering die Festrede hielt.

## Neuregelung der Luftfahrt im besetzten Gebiet.

Koblenz. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete teilt amtlich folgendes mit: Nachdem Deutschland und Frankreich sich durch ein besonderes Abkommen gegenseitige Erleichterungen für den Luftverkehr zugestanden haben, hat nunmehr die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz das bisher für deutsche Flieger bestehende Verbot des Ueberfliegens des besetzten Gebietes aufgehoben. Sie hat ferner die bisher für das besetzte Gebiet suspendierten deutschen Gesetze über die Luftfahrt für das besetzte Gebiet zugelassen. Von jetzt ab dürfen grundsätzlich auch Deutsche im besetzten Gebiet fliegen. Sie bedürfen hierzu jedoch der vorherigen Genehmigung der Rheinlandkommission.

## 1000 Mark Belohnung für den Weichensteller von Letferde.

Berlin. Gelegentlich des Unfalls bei Letferde hat der durch den Bloß Nr. 169 diensttunende Weichensteller Klusmann durch seine Geistesgegenwart verhindert, daß ein von Hannover kommender Zug in den entgleisten Zug hineinfuhr. Klusmann brachte den nur noch etwa zwei Kilometer entfernten Zug dadurch zum Halten, daß er in peinlicher Ausführung seiner Dienstvorschriften das bereits auf Fahrt stehende Signal auf Halt stellte und dem Zug entgegenließ. Von der Verwaltung der Reichsbahn wurde dem Weichenwärter für sein umsichtiges Handeln die Anerkennung ausgesprochen. Er erhielt eine besondere Leistungszulage in Höhe von 1000 Mark.

## Der Reichsverband heimattreuer Ost- und Westpreußen.

Berlin. Nach Aufnahme des Berliner Bundes heimattreuer Ost- und Westpreußen hat sich der Reichsverband heimattreuer Ost- und Westpreußen in einer nach Berlin einberufenen Vollversammlung neu gegründet und entsprechend geänderte Satzungen aufgestellt. Der neue Reichsverband hat sich die Aufgabe gestellt, die Anhänglichkeit, Liebe und Treue zu seiner alten, zum Teil verlorengegangenen oder vom Mutterreich geographisch getrennten Heimat zu pflegen, ihre Interessen an berufener Stelle mit zu vertreten und die Zusammengehörigkeit mit ihr lebendig zu erhalten. Er umschließt nunmehr fast alle bestehenden Vereine und Bünde der ost- und westpreussischen Heimattreuen, deren organisierte Mitgliederzahl mehr als 40000 beträgt. Die von ihm herausgegebene Zeitschrift wird den Titel „Der heimattreue Ost- und WestpreuÙe“ tragen und in harter Auflage erscheinen. Die Geschäftsstelle, Berlin W 35, Potsdamer Straße 41, nimmt weitere Beitrittsanmeldungen entgegen.

## Der Bund der Auslandsdeutschen an Dr. Simons.

Berlin. Der Bund der Auslandsdeutschen hat an den Präsidenten des Reichsgerichts, Dr. Simons, folgendes Schreiben gerichtet:

„Eurer Exzellenz beehrt sich das Präsidium des Bundes der Auslandsdeutschen den aufrichtigsten und ergeblichsten Dank für das eingeschlossene Eintreten Eurer Exzellenz in der Frage des Schutzes des Privatigentums auf der letzten Tagung der International Law Association auszusprechen. Es dürfte Eurer Exzellenz bekannt sein, daß die Entschädigungsfrage von der deutschen Regierung zur Entscheidung an das Internationale Schiedsgericht im Haag, welches für Streitigkeiten aus dem Varesabkommen zuständig ist, gebracht worden ist. Die Verhandlungen der International Law Association werden sich wahrscheinlich als sehr nutzbringend für die Bildung einer gerechten Auffassung der Dinge durch das Schiedsgericht erweisen.“

## Kommers der katholischen Studentenvereine.

Breslau. Im Rahmen des Breslauer Katholikentages veranstaltete im Konzerthaus der Ortsverband Breslau des Kartellverbandes katholischer deutscher Studentenvereine einen Kommers. In dem mit über 80 Fahnen festlich geschmückten Saale hatten sich als Ehrengäste eingefunden der Kardinal und Fürstbischof Dr. Verria, Reichstanzler Dr. Marx, der Präsident des Katholikentages, Landeshauptmann der Rheinprovinz Dr. Sorion der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger und der Präsident des Preussischen Staatsrates, Oberbürgermeister Dr. Adenauer. Reichstanzler Dr. Marx ging dann auf die besonderen großen Aufgaben des deutschen Volkes ein, das Gott wohl mit, besonderer Mühe in die Mitte Europas gestellt habe. Unter den Reden der vielen offiziellen Vertreter fanden die Ausführungen des Präsidenten des Verbandes deutscher Katholiken von New York, Dr. Schirp, außerordentlichen Beifall, der nicht enden wollte, als Dr. Schirp sich gegen die Kriegsschuld-Lüge wandte.

## Umgestaltung der Reichswasserstraßen-Verwaltung.

Berlin. Das Reichsverkehrsministerium hat im Reichsrat und im Reichstag einen Gesetzentwurf über die praktische Durchführung einer Reichswasserstraßen-Verwaltung vorgelegt, nachdem auf Grund der Bestimmungen der Verfassung die Vereinheitlichung der Reichswasserstraßen-Verwaltung bereits seit dem 1. April 1921 durchgeführt ist. Nach dem Entwurf sollen an Stelle der bisher in den Ländern bestehenden 51 mittleren Stellen 12 mittlere Behörden geschaffen werden. Ingesamt handelt es sich bei der Wasserstraßen-Verwaltung um eine Behördenorganisation, die 150 Millionen Mark Kosten jährlich veranschlagt. Das Reich hofft, bei der Neuorganisation Ersparnisse durchzuführen.

## Anleiheverhandlungen Preußens in New York.

Berlin. Zu der aus amerikanischen Quelle stammenden Meldung, daß im Herbst dieses Jahres eine preussische Anleihe von 30 Millionen Dollar durch eine New-Yorker Bankgruppe in Amerika aufgelegt werden soll, verläuft, daß es sich hierbei um die vor Monaten beschlossene Auflegung der 150-Millionen-Anleihe handelt, die zum größten Teile bereits im Inland untergebracht worden ist. Zur Zeichnung im Ausland komme höchstens ein Betrag von 15 bis 20 Millionen Dollar in Frage. Hierüber schweben seit geraumer Zeit Verhandlungen mit dem New-Yorker Bankhaus Harris, Forbes u. Co., die wahrscheinlich demnächst zum Abschluß gelangen dürften.